

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur **Tommy Michler.**
Wien, I. Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

25. Jahrgang. Wien, Montag, 23. Juni 1919. Nr. 260.

Die Lehrergehaltsregulierung. In Entsprechung der von der Staatsregierung geforderten neuerlichen legislativen Erledigung der Bezugsregulierung der Wiener Lehrer berichtete heute StR. Hellmann im Stadtratsratte neuerlich über das bereits im April vom Gemeinderate erledigte Gesetz und beantragte, die Vorlage mit einigen ganz geringfügigen Änderungen der ursprünglichen Fassung der Landesversammlung vorzulegen. Die Sprecher der Christlichsozialen, die StRe. Dr. Kienböck, Rummelhardt und Vaugoin sprachen sich für den Antrag aus, worauf derselbe angenommen wurde. Die Vorlage wird am Dienstag der Landesversammlung zur Beschlussfassung und am Donnerstag dem Gemeinderate zur Kenntnisnahme unterbreitet werden.

Die Anmeldungen für die Invalidenrente. Seit 20. d.M. findet in Wien bei den Konskriptionsamts - Abteilungen der magistratischen Bezirksämter die Aufnahme der Anmeldung von Ansprüchen auf staatliche Entschädigung der Kriegsinvaliden und deren Hinterbliebenen statt. Es wird darauf aufmerksam gemacht, dass jeder Kriegsbeschädigte, der eine Rente anstrebt, die Anmeldung und dingt erstatten muss, auch wenn ein Superarbitrierungsverfahren noch anhängig ist oder der Kriegsbeschädigte bereits superarbitriert ist. Es hat sich also unbedingt jeder Kriegsbeschädigte bei seiner zuständigen Anmeldestelle anzumelden.

2. Ausgabe.

25. Jahrgang. Wien, Montag, 23. Juni 1919. Nr. 261.

Freie Fahrt für die Stadtschutzwache auf der Strassenbahn. In Verfolgung einer Anfrage der GRe. Kohl und Thaller berichtete StR. Schorsch in der heutigen Stadtratsitzung über die Einräumung der freien Fahrt der Mitglieder der Stadtschutzwache auf der Strassenbahn. Nach einem Antrage des Referenten wurde beschlossen, der Stadtschutzwache unter der Voraussetzung, dass das Dienstkleid der Wiener Stadtschutzwache durch behördliche Vorschriften ausreichend gegen Missbrauch durch Unbefugte geschützt wird die unentgeltliche Benützung der forderen Plattform der Trieb- und Anhängewagen der Strassenbahn im selben Ausmasse, wie der Sicherheitswache einzuräumen. Für die Zwischenzeit werden der Stadtschutzwache Einzelfahrtscheine verschiedener Preisstufen innerhalb eines Monats auf Rechnung der städtischen Strassenbahnen zur Verfügung gestellt.

Entfallender Empfang. Wegen dienstlicher Verhinderung des Bürgermeisters Reumann entfällt Freitag der Empfang.

Die Budget - Sitzungen des Gemeinderates. Die für diese Woche (Donnerstag, Freitag und Samstag) anberaumten Budgetsitzungen beginnen um 3 Uhr nachmittags.

Der Voranschlag im Stadtrat. In der heutigen Stadtratsitzung erstattete StR. Breitner einen eingehenden Bericht über den Hauptvoranschlag der Gemeinde Wien für das Verwaltungsjahr 1919/20. Nachdem vorher beschlossen worden war, in die eigentliche Debatte erst in der Dienstag Sitzung einzugehen, führte der Referent Folgendes aus:

Man kann in der Geschichte Wiens zurückblättern, soweit man will, man wird nicht eine Lage finden, die irgendwie mit der gegenwärtigen verglichen werden kann. Es liegt über auch kein Bretterbühnen hinter uns, das mit der Furchtbarkeit des fünfjährigen Weltkrieges verglichen werden kann und unter welchem die Stadt so unendlich gelitten hat, und noch immer leidet. Der Voranschlag spiegelt die trostlose Lage in seinen Ziffern wieder. Das Gesamterfordernis, das im Vorjahre 365 Millionen betrug, ist auf 320 Millionen vorgeschmelt, denen nur Mehreinnahmen von 47 Millionen Kronen gegenüberstehen, sodass sich ein unbedeckter Abgang von 403 Millionen Kronen ergibt. Dabei muss bemerkt werden, dass das Budget, das die gegenwärtigen Löhne und Materialpreise keine Änderung erfahren, als tatsächlich real und nicht künstlich gemacht anzusehen ist. So wurden 38 Bauten, die auf Grund alter Gemeinderatsbeschlüsse vielfach Jahre hindurch mitgeschleppt wurden, ohne zur Ausführung zu gelangen, diesmal gar nicht eingestellt, weil sie dem Magistrat teils minder dringlich, teils auch technisch undurchführbar erschienen. Es handelt sich dabei um einen Betrag von rund 100 Millionen Kronen. Andererseits aber darf aus Sparsamkeitsgründen nicht zu weit gegangen werden, weil die Gemeinde heute der einzig grosse Arbeitgeber in Deutschösterreich ist. Zum ersten Male wurde eine Zusammenstellung aller Bauten und Herstellungen aller Art, welche die Gemeinde und ihre Betriebe in den nächsten 12 Monaten planen und für welche die notwendigen Materialien bereits sichergestellt sind, angefertigt. Es handelt sich um Ausgaben von insgesamt 210 Millionen Kronen. Die Arbeitslosigkeit müsste ungeheure Dimensionen annehmen, wenn eine finanzielle Katastrophe die Verwirklichung dieser Bauten verhindern sollte. Eine Hauptursache des Defizites liegt in den gewaltig gestiegenen Personalaufwand, der für die 22.000 Gemeindeangestellten, ungerichtet die 18.000 Angestellten der Unternehmungen, 261 Millionen Kronen gegenüber 95 Millionen Kronen im Vorjahre ausmacht. Es war unbedingt notwendig, den Angestellten das Leben zu ermöglichen, es ist aber ebenso notwendig, jetzt auch Einnahmen zu schaffen, welche die Auszahlung der Gehälter ermöglicht. Es ist naturgemäss, dass das vorgelegte Budget noch nicht das Gepräge der neuen Verwaltung tragen kann, die erst am 5. Mai d.J. ihr Amt angetreten hat und eine unabänderliche Zwangslage vorfindet. Inmitten zeigen einige Rubriken, dass sich die Gemeinde der schweren Pflichten, die ihr der Krieg auferlegt hat, bewusst ist. Für Armenkinder und Jugendfürsorge sind volle 40 Millionen eingestellt. Leiblich und Seelisch haben die Kinder den grössten Schaden in diesem Kriege genommen und der Aufbau der neuen Gesellschaft muss, wenn er überhaupt gelingen soll, von Grund auf geschehen. Ganz neu ist die Rubrik Tuberkulosenfürsorge, für die über 9 Millionen Kronen eingesetzt sind, wenn dies auch sehr wenig ist, gegenüber dem furchtbaren Wüten dieser Krankheit in Wien. Für die Arbeitslosenunterstützung sind 30 Millionen Kronen präliminiert, wobei von der Annahme ausgegangen wurde, dass die Arbeitslosigkeit im Laufe der nächsten 12 Monate vollständig gesehwinde und im Durchschnitt des Jahres bloss das halbe Erfordernis, das auf Grund des gegenwärtigen Standes 60 Millionen Kronen ausmachen würde, in Anspruch genommen würde eine Voraussetzung, die man im Hinblick auf die gegenwärtigen Kohlenversorgung etwas optimistisch bezeichnet werden darf. Der Referent besprach dann eingehend die schweren Lasten, welche der Gemeinde durch die ungünstigen Valuta im Hinblick auf das zum Teil im Ausland vergebene Balaen vom Jahre 1902 erwachsen werden und die in einer Erhöhung des Coupondienstes von 15 Millionen Kronen zum Ausdruck gelangen werden, wobei jedoch für die im Laufe des Krieges angewachsenen Kouponrückstände nicht vorgesorgt ist. Allen kaufmännischen Gepflogenheiten entgegen wurden trotz der unausgesetzten Verschlechterung des Kronenkurses für die im Ausland befindlichen auf Francs lautenden Koupone bloss 1 Krone für 1 Franc eingesetzt, so dass man die 6 fache Ausgabe zu befürchten steht. Es handelt sich hierbei um volle 125 Millionen, die im Defizit von 403 Millionen gar nicht enthalten sind. Bezüglich der Unternehmungen der Gemeinde berichtete der Referent, dass sie ausser

in Investitionsprogramme im Budget überhaupt nicht erscheinen, eine Abfuhr von Geldern steht nicht zu erwarten und die sich ergebenden Defizite müssen von den betreffenden Betrieben selbst in den kommenden Jahren getilgt werden, ein Vorgang, der kaufmännisch immerhin zu rechtfertigen ist, weil ein Teil des Defizites auf die Unmöglichkeit zurückzuführen ist, die Anlagen nach ihrer Leistungsfähigkeit und ihrem Bedarfe auszunutzen. Bemerkenswert waren die Mitteilungen über die Wirkung der Verdoppelung der Strassenbahntarife auf den Verkehr. Es war mit einem Rückgang von 10 % der Frequenz infolge der Preiserhöhung und 10 % infolge der Eröffnung des Stadtbahnverkehrs gerechnet worden. Da letztere bisher nicht erfolgen konnte, und auch in absehbarer Zeit nicht erfolgen wird, so ist der Abfall der Einnahmen bloss mit 12 % zu bezeichnen und es dürfte wenn dieser für die Wiener Bevölkerung so bedauerliche Uebelstand andauert, die Strassenbahn davon profitieren und einen geringeren als den mit 36 Millionen Kronen gesicherten Abgang aufweisen. Die Gaswerke erwarten einen Abgang von 3 Millionen Kronen, allerdings nur unter der Voraussetzung, dass keine weitere Einschränkung des Konsums sich als notwendig erweist. Es muss indes neuerlich hervorgehoben werden, dass die Situation im Gaswerk geradezu katastrophal zu nennen ist, und dass ein Wunder geschehen müsste, wenn der Stillstand vermieden werden könnte. Das würde natürlich die finanzielle Gebahrung verhängnisvoll beeinflussen. Wenn die geplante Erhöhung der Strompreise beschlossen wird, dürfte der Fehlbetrag bei den Elektrizitätswerken sich noch immer auf 3 Millionen Kronen beziffern.

(Schluss folgt).

Vom **Wilhelminenbad.** StR. Siegel berichtete heute im Stadtratsratte über die Wiederinstandsetzung wenigstens eines Teiles des Wilhelminenbades im 16. Bezirk. Das Bad ist im Jahre 1913 erbaut worden, der Besitzer desselben geriet in Zahlungsschwierigkeiten und hat das Bad vor einiger Zeit einer Zigarettenpapier Fabrik um 750.000 Kronen verkauft. Diese Unternehmung hat es ohne jede behördliche Bewilligung in einen Fabrikbetrieb umgewandelt und es ist nur mehr das Schwimmbad als solches übrig geblieben. Um dasselbe zu erhalten, hat sich die Gemeinde bereit erklärt, es zu pachten. Die Pachtbedingungen seien jedoch solche, dass sie der Referent als unerträglich bezeichnen müsste. Er trat deshalb für die Einsetzung eines stadträtlichen Komitees bestehend aus 5 Stadträten ein, das sich mit dieser Angelegenheit weiter zu beschäftigen hätte. VB. Winter bemerkte, dass es sich hier um 190.000 Einwohner handle, die Interesse an diesem Bade haben, weil ausser einem zweiten Bade, im Bezirke kein Schwimmbad besteht. Man könne es deshalb geradezu ein Verbrechen nennen, wenn man dieses Bad der Bevölkerung entziehen wolle. Die kapitalistischen Interessen, die in dieser Angelegenheit mitspielen, gehen die Gemeinde nichts an, im Gegenteil, es müsse einmal gezeigt werden, dass der Kapitalismus mit der Gesundheit der Bevölkerung nicht mehr so weiter wirtschaften könne, wie bisher. StR. Vaugoin bezeichnete den Vorgang als einen grossen Fehler der Uebertretung der Bauvorschriften und er glaubt, dass der Stadtrat berechtigt sei, den Besitzer dazu zu verhalten, dass er das Bad wieder in seinen ursprünglichen Zustand herstelle. StR. Siegel stimmte diesen Ausführungen zu und sagte, dass er nichts dagegen habe, dass dem Komitee die Anregung des StR. Vaugoin als richtunggebende Grundlage der weiteren Beratungen gegeben werde. Der Antrag des Referenten wurde einstimmig angenommen. In das Komitee wurden die StRe. David, Siegel, Dr. Scheu, Biber und Dr. Kienböck entsendet.